

14. Beitragsätze und Rechengrößen in der gesetzlichen Sozialversicherung ab 01.01.2023

Inhaltsübersicht Kapitel 14

- 14.1. Beitrags- und Umlagesätze in der gesetzlichen Sozialversicherung 2022/2023** **S. 14 (3)**
- a) Gesetzliche Krankenversicherung
 - b) Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung
 - c) Umlagesätze für Arbeitgeberumlagen
 - d) Künstlersozialversicherung
- 14.2. Ausgewählte sozialversicherungsrechtliche Rechengrößen 2022/2023 im Überblick (alte Bundesländer)** **S. 14 (10)**
- 14.3. Ausgewählte sozialversicherungsrechtliche Rechengrößen 2022/2023 im Überblick (neue Bundesländer)** **S. 14 (11)**
- 14.4. Die sozialversicherungsrechtlichen Rechengrößen 2022/2023 im Einzelnen (alte und neue Bundesländer)** **S. 14 (12)**
- a) Die monatlichen Beitragsbemessungsgrenzen (alte Bundesländer)
 - b) Die monatlichen Beitragsbemessungsgrenzen (neue Bundesländer)
 - c) Die Versicherungspflichtgrenze in der Krankenversicherung (sog. Jahresarbeitsentgeltgrenze)
 - d) Die monatliche Entgeltgrenze für geringfügige Beschäftigung (Geringfügigkeitsgrenze, pauschale Ag-Beiträge)
 - e) Der sozialversicherungsrechtliche Übergangsbereich (früher Gleitzone)
 - f) Die monatliche Geringverdienergrenze

Fortsetzung des Inhaltsverzeichnisses auf Seite 14 (2)

Seminar-Tipp für ein Praktiker-Updateseminar (Präsenz oder Online)

[Aktuelle Themen aus dem Arbeits-, Lohnsteuer- und Sozialversicherungsrecht \(Sommer/Herbst 2023\)](#)

Nächste Termine: 31.08.2023 in Frankfurt am Main, 01.09.2023 in Seligenstadt, am 04.09.2023 in Darmstadt, am 05.09.2023 online, am 06.09.2023 in Darmstadt für den öffentlichen Dienst und am 08.09.2023 online (490,00 EUR zzgl. MwSt., bei gleichzeitiger Anmeldung von mind. zwei Personen: 420,00 EUR zzgl. MwSt.)

14.5. Rentenformel und Rentenberechnung

S. 14 (22)

14.6. Leistungsrecht der Arbeitsförderung

S. 14 (23)

- a) Höhe des Anspruchs auf Arbeitslosengeld
- b) Anspruchsdauer für den Arbeitslosengeldbezug
- c) Grundsicherung für Arbeitssuchende (Arbeitslosengeld II, Hartz IV bzw. neues Bürgergeld) in den Kalenderjahren 2022 und 2023

Pflegeversicherung wird teurer

Lauterbach kündigt höhere Beiträge an

KNA. BERLIN. Für die Pflegeversicherung werden die Deutschen mehr bezahlen müssen. Hatte nach Weihnachten der Spitzenverband der Gesetzlichen Krankenversicherungen (GKV) wegen eines Milliardendefizits Alarm geschlagen, so stimmt jetzt Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) die Versicherten auf steigende Beiträge ein. „Wir wollen insbesondere die Pflege durch Angehörige und durch ambulante Dienste besserstellen“, sagte Lauterbach dem Magazin „Stern“. „Deshalb werden wir auch nicht umhinkommen, dass die Beitragssätze steigen.“ Sie liegen derzeit bei 3,05 Prozent des Bruttoeinkommens, bei Kinderlosen bei 3,4 Prozent.

Mehr Pflegebedürftige, bessere Bezahlung von Pflegekräften und die Entlastung von Pflegeheimbewohnern von stark steigenden Eigenbeträgen: Die Schere zwischen Beitragseinnahmen und Ausgaben geht auseinander. Die Bilanz der Pflegeversicherung ist in die roten Zahlen gerutscht. Zum Jahresen-

de hatte sie nach Angaben des GKV-Spitzenverbandes ein Defizit von rund 2,2 Milliarden Euro eingefahren. Die Liquiditätsreserve lag bei rund 5,7 Milliarden Euro und damit 1,2 Milliarden Euro unter der gesetzlich vorgesehenen Höhe. Verschärfend kommt hinzu, dass auch ein Darlehen des Bundes von einer Milliarde Euro bis Ende 2023 an den Finanzminister zurückgezahlt werden muss. Gernot Kiefer, stellvertretender Vorstandsvorsitzender des GKV-Spitzenverbandes, mahnte im Dezember eine grundlegende Neuordnung der Finanzierung an. „Der Beitragssprung, der auf die Versicherten und Arbeitgebenden zukommt, wird immer größer, je länger nicht gehandelt wird.“ Dieses Jahr lässt sich das Defizit noch ausgleichen, dank Rücklagen und Steuerzuschüssen. 2021 hatte der Bundestag einen jährlichen Bundeszuschuss von einer Milliarde Euro für die Pflegeversicherung beschlossen. Dazu kamen 2022 rund 2,2 Milliarden Euro an Pandemie-kostenerstattung.

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12.01.2023

SEITE 16 · DIENSTAG, 22. OKTOBER 2019 · NR. 245

Wirtschaft

Steigt der Rentenbeitrag auf 31 Prozent?

Die Bundesbank fordert, das Renteneintrittsalter auf 69 Jahre zu erhöhen. Aber selbst dann fehlen der Rentenkasse viele Milliarden.



14.1. Beitrags- und Umlagesätze in der gesetzlichen Sozialversicherung

a) Beitragssätze in der gesetzlichen Krankenversicherung (§§ 241, 243 SGB V)

Seit dem 01.01.2015 erhebt jede gesetzliche Krankenkasse neben dem **gesetzlichen festgelegten Beitragssatz**, den Arbeitgeber und Arbeitnehmer je zur Hälfte tragen, wieder einen **kassenindividuellen, prozentualen Zuschlag**, den das Mitglied nach den bis 31.12.2018 gültigen Regelungen in vollem Umfang **alleine** zu tragen hatte.

Seit dem 01.01.2019 wird auch der Zusatzbeitrag wieder paritätisch finanziert, also je zur Hälfte von Arbeitgeber und Arbeitnehmer getragen.

Krankenversicherung	<u>2 0 2 2</u> (Stand: 01.01.2022)	<u>2 0 2 3</u> (Stand: 01.01.2023)
- allgemeiner Beitragssatz (Arbeitgeberanteil / Arbeitnehmeranteil)	14,6 % zzgl. Zusatzbeitrag jeweils 7,3 % zzgl. 50 % des Zusatzbeitrages	14,6 % zzgl. Zusatzbeitrag jeweils 7,3 % zzgl. 50 % des Zusatzbeitrages
- ermäßigter Beitragssatz (Arbeitgeberanteil / Arbeitnehmeranteil)	14,0 % zzgl. Zusatzbeitrag jeweils 7,0 % zzgl. 50 % des Zusatzbeitrages	14,0 % zzgl. Zusatzbeitrag jeweils 7,0 % zzgl. 50 % des Zusatzbeitrages

Ermäßigter Beitragssatz (§ 243 SGB V)

Der **ermäßigte Beitragssatz** gilt für Personen, die bei Arbeitsunfähigkeit **keinen Anspruch auf Krankengeld** haben wie z.B.

- Arbeitnehmer ab Beginn der **Freistellungsphase** während der **Altersteilzeitarbeit** im Blockmodell, BSG-Urteil vom 25.08.2004 ó B 12 KR 22/02 R,
- **Arbeitnehmer mit einvernehmlicher unwiderruflicher Freistellung** z.B. aufgrund eines Aufhebungsvertrages ab dem Zeitpunkt der Freistellung bis zum rechtlichen Ende des Arbeitsverhältnisses, wenn davon auszugehen ist, dass die Arbeit nach der Freistellung nicht wieder aufgenommen wird (vgl. Rundschreiben der Spitzenverbände der SV-Träger vom 13./14.10.2009, TOP 4 der Ergebnismünderschrift über die Sitzung der Fachkonferenz Beiträge beim GKV-Spitzenverband vom 11.11.2014 und NWB Nr. 48/2015 vom 23.11.2015 Seite 3570 ff.),
- (oberhalb der Geringfügigkeitsgrenze) gesetzlich krankenversicherte (**weiter**) **beschäftigte Altersvollrentner** oder
- **gesetzlich krankenversicherte Beamte und Selbständige.**

Weitere Fallgruppen mit dem ermäßigten Beitragssatz

Aufgrund des Wegfalls des erhöhten Beitragssatzes mit Ablauf des 31.12.2008 gilt der ermäßigte Beitragssatz seit 01.01.2009 auch für

- (nicht kurzfristig im Sinne von § 8 Abs. 1 Nr. 2 SGB IV) beschäftigte Arbeitnehmer, deren Beschäftigungsverhältnis im Voraus **auf einen kürzeren Zeitraum als sechs Wochen** (bei Anwendung der vierwöchigen Wartezeit des § 3 Abs. 3 EFZG auf einen kürzeren Zeitraum **als zehn Wochen**) befristet ist, § 44 Abs. 2 Nr. 3 SGB V, und
- **unständig Beschäftigte** im Sinne von § 27 Abs. 3 Nr. 1 SGB III (Arbeitnehmer, die über berufsmäßig unständigen Beschäftigungen nachgehen, die auf weniger als eine Woche befristet sind, z.B. bei Rundfunk und Fernsehen sowie in der Werbebranche),

die bei ihrer Krankenkasse **keine Wahlerklärung zugunsten des allgemeinen Beitragssatzes** abgegeben haben.

b) Beitragsätze in der Renten-, Arbeitslosen und Pflegeversicherung

	<u>2 0 2 2</u> (Stand: 01.01.2022)	<u>2 0 2 3</u> (Stand: 01.01.2023)
Rentenversicherung	18,6 %	18,6 %
Knappschaftliche RV	24,7 %	24,7 %
Arbeitslosenversicherung	2,4 %	2,6 %
Pflegeversicherung (Eltern)	3,05 %	3,05 %
Pflegeversicherung (Kinderlose)	3,4 %	3,4 %

Arbeitslosenversicherung und Pflegeversicherung

Die Große Koalition aus CDU, CSU und SPD hatte sich nach wochenlangem Hin und Her darauf geeinigt, den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung **auf 2,4 % zum 01.01.2021 zu senken**. Gleichzeitig wurde geregelt, dass der Arbeitslosenversicherungsbeitrag zum 01.01.2023 wieder auf 2,6 % steigt, vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 31.12.2022*.

Der Zuschlag zur Pflegeversicherung für kinderlose Versicherte (§ 55 Abs. 3 Satz 1 SGB XI) ist durch das **Gesetz zur Weiterentwicklung der Gesundheitsversorgung (GVWG)** vom 11.07.2021 **zum 01.01.2022 von 0,25 % auf 0,35 % gestiegen**, vgl. *FAZ vom 12.01.2023*.

Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes vom 25.05.2022 muss spätestens ab Ende Juli 2023 nach der konkreten Kinderzahl differenziert werden, vgl. auch Meldung unter <https://www.tagesschau.de/inland/bundesverfassungsgericht-sozialabgaben-101.html>.

Änderungen in der sozialen Pflegeversicherung zum 01.07.2023

Anhebung des Beitragssatzes zur sozialen Pflegeversicherung

Mit dem nun vorliegenden **Gesetzesbeschluss des Deutschen Bundestages vom 26.05.2023** (Zustimmung des Bundesrates am 16.06.2023) für ein

Gesetz zur Unterstützung und Entlastung in der Pflege
(Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetz, PUEG)

erfolgt die bereits länger angekündigte **Erhöhung der Pflegeversicherungsbeiträge** und die Umsetzung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 25.05.2022 zur Berücksichtigung von **Kindern** bei der Beitragsbemessung **zum 01.07.2023**.

Wie u.a. die Frankfurter Allgemeine Zeitung bereits am 06.04.2023 berichtete, erfolgt eine **Anhebung des Beitragssatzes für Eltern mit einem Kind von 3,05 % auf 3,40 %** und für **Versicherte ohne Kinder von 3,40 % auf 4,00 %**. Gesetzlich Versicherte, die mehr als ein Kind erziehen, erhalten einen §Beitragsrabattö von nunmehr 0,25 % je zusätzlichem Kind.

Danach ergibt sich **folgende Übersicht (abweichende Beitragsverteilung im Freistaat Sachsen)**:

<u>Arbeitnehmer</u>	<u>Bis 30.06.2023</u>	<u>Ab 01.07.2023</u>
Kinderlose Versicherte ab Vollendung des 23. Lebensjahres	3,05 % + 0,35 % Zuschlag = 3,40 % (Ag: 1,525, AN: 1,875 %)	3,4 % + 0,60 % Zuschlag = 4,00 % (Ag: 1,70 %, AN: 2,30 %)
Kinderlose Versicherte bis zur Vollendung des 23. Lebensjahres und Eltern mit einem Kind	Grundbeitrag: 3,05 % (Ag: 1,525 %, AN: 1,525 %)	Grundbeitrag: 3,40 % (Ag: 1,70 %, AN: 1,70 %)
Eltern mit zwei Kindern	Grundbeitrag: 3,05 % (Ag: 1,525 %, AN: 1,525 %)	3,40 % /. 0,25 % Abschlag = 3,15 % (Ag: 1,70 %, AN: 1,45 %)
Eltern mit drei Kindern	Grundbeitrag: 3,05 % (Ag: 1,525 %, AN: 1,525 %)	3,40 % /. 0,50 % Abschlag = 2,90 % (Ag: 1,70 %, AN: 1,20 %)
Eltern mit vier Kindern	Grundbeitrag: 3,05 % (Ag: 1,525 %, AN: 1,525 %)	3,40 % /. 0,75 % Abschlag = 2,65 % (Ag: 1,70 %, AN: 0,95 %)
Eltern mit fünf und mehr Kindern	Grundbeitrag: 3,05 % (Ag: 1,525 %, AN: 1,525 %)	3,40 % /. 1,00 % Abschlag = 2,40 % (Ag: 1,70 %, AN: 0,70 %)

Änderungen im Arbeits-, Lohnsteuer- und SV-Recht zum 01.01.2023	- 14 (6) -	Beitragsätze und Rechengrößen im Sozialversicherungsrecht (Kapitel 14)
--	-------------------	---

Der Arbeitgeberanteil zur PV beträgt nach dem Kabinettsbeschluss vom 05.04.2023 bundesweit (ohne Sachsen) ab 01.07.2023 immer 1,7 %, im Freistaat Sachsen dann immer 1,2 %.

Weitere Änderungen durch das PUEG zum 01.07.2023

- Durch die Beitragssatzerhöhung von 3,05 % auf 3,4 % ergeben sich zum 01.07.2023 auch Änderungen bei der **Zuschussberechnung für eine freiwillige und private Pflegeversicherung** nach § 61 SGB XI.
- Darüber hinaus sind Änderungen beim **pflegeversicherungsrechtlichen Kindbegriff (Einführung einer Altersgrenze von 25 Jahren ab dem zweiten Kind)** bzw. bei der Dokumentation des **Nachweises einer Elternschaft (Erhebung des Kinderstatus ab 2025 über eine zentrale Stelle)** beschlossen worden.

Der höhere Beitrag zur sozialen Pflegeversicherung ab 01.07.2023 hat jedoch keinen Einfluss auf den Faktor F für Midi-Jobs im Kalenderjahr 2023. Für die Berechnung des Faktors F werden die **Beitragsätze** herangezogen, die zu **Beginn des Kalenderjahres gelten**, § 20 Abs. 2a SGB IV n.F.

Änderungen beim Pflegeunterstützungsgeld und beim Rechtsanspruch auf kurzzeitige Arbeitsbefreiung bei akut auftretenden Pflegesituationen

Durch das neue PUEG hat der Gesetzgeber das **Pflegeunterstützungsgeld** und den damit einhergehenden Anspruch auf unbezahlte Freistellung gegenüber dem Arbeitgeber nach § 2 Pflegezeitgesetz (PflegeZG) zum 01.01.2024 auf zehn Arbeitstage **je Kalenderjahr** ausgeweitet.

<u>Bis 30.04.2023</u>	<u>01.05. bis 31.12.2023</u>	<u>Ab 01.01.2024</u>
Einmalig 20 Arbeitstage je pflegebedürftigen Angehörigen	Einmalig 10 Arbeitstage je pflegebedürftigen Angehörigen	10 Arbeitstage je pflegebedürftigen Angehörigen und Kalenderjahr

Seminar-Tipp für ein Praktiker-Updateseminar (Präsenz oder Online)

[Aktuelle Themen aus dem Arbeits-, Lohnsteuer- und Sozialversicherungsrecht \(Sommer/Herbst 2023\)](#)

Nächste Termine: 31.08.2023 in Frankfurt am Main, 01.09.2023 in Seligenstadt, am 04.09.2023 in Darmstadt, am 05.09.2023 online, am 06.09.2023 in Darmstadt für den öffentlichen Dienst und am 08.09.2023 online (490,00 EUR zzgl. MwSt., bei gleichzeitiger Anmeldung von mind. zwei Personen: 420,00 EUR zzgl. MwSt.)

Änderungen im Arbeits-, Lohnsteuer- und SV-Recht zum 01.01.2023	- 14 (7) -	Beitragsätze und Rechengrößen im Sozialversicherungsrecht (Kapitel 14)
---	------------	--

c) Umlagesätze für die Arbeitgeberumlagen U1, U2 und U3

	<u>2 0 2 2</u> (Stand: 01.01.2022)	<u>2 0 2 3</u> (Stand: 01.01.2023)
Umlage U1 für Kleinbetriebe bis 30 Arbeitnehmer (Aufwendungen für Arbeitsunfähigkeit)	lt. Satzung der jeweiligen Einzugsstelle (z.B. Minijob 0,9 %)	lt. Satzung der jeweiligen Einzugsstelle (z.B. Minijob 1,1 %)
Umlage U2 für alle Betriebe und Verwaltungen (Aufwendungen für Mutterschaft)	lt. Satzung der jeweiligen Einzugsstelle (z.B. Minijob 0,29 %)	lt. Satzung der jeweiligen Einzugsstelle (z.B. Minijob 0,24 %)
Umlage U3 für insolvenzfähige Betriebe (Insolvenzgeldumlage, bis 31.12.2008 Erhebung durch die Träger der UV)	0,09 % des Arbeits- entgelts	0,06 % des Arbeits- entgelts *

* = Insolvenzgeldumlagesatzverordnung 2023 ó InsoGeldFestV vom 16.12.2022
(Bundesgesetzblatt vom Nr. 53 vom 22.12.2022, BGBl 2022 Teil I Seite 2430)

d) Künstlersozialversicherung

Gegenstand der turnusmäßigen **Beitragsprüfungen** durch die Träger der **Deutschen Rentenversicherung** war seit 2008 gelegentlich auch die vollständige Entrichtung der Künstlersozialabgabe an die Künstlersozialkasse (KSK). Früher prüften zehn Prüfer der KSK lediglich 1.000 Unternehmen jährlich, heute prüfen 3.600 Prüfer der Deutschen Rentenversicherung.

Ab dem Kalenderjahr 2015 ist die Deutsche Rentenversicherung verpflichtet, im Rahmen der regelmäßigen Arbeitgeberprüfungen **alle Arbeitgeber mit mehr als 20 Beschäftigten** auch nach dem Künstlersozialversicherungsgesetz prüfen, § 28p Abs. 1a Nr. 2 SGB IV. Für kleinere Arbeitgeber gilt ein **Prüfquote von mindestens 40 %**, § 28p Abs. 1a Nr. 3 SGB IV.

Die Abgabesätze für die an selbständige Künstler und Publizisten gezahlten Entgelte betragen:

<u>Jahr</u>	<u>2008</u>	<u>2009</u>	<u>2010 bis 2012</u>	<u>2013</u>	<u>2014 bis 2016</u>	<u>2017</u>	<u>2018 bis 2022</u>	<u>2023</u>
Abgabe	4,9 %	4,4 %	3,9 %	4,1 %	5,2 %	4,8 %	4,2 %	5,0 %
Angabe des Prozentsatzes für das Kalenderjahr 2023 gem. Künstlersozialabgabe-Verordnung 2023 vom 20.09.2022 (BGBl 2022 Teil I Seite 1508) /// BMAS vom 11.08.2022, NWB-News vom 16.08.2022								

Änderungen im Arbeits-, Lohnsteuer- und SV-Recht zum 01.01.2023	- 14 (8) -	Beitragssätze und Rechengrößen im Sozialversicherungsrecht (Kapitel 14)
---	------------	---

Hintergrundinformationen zur Künstlersozialversicherung

Die **Abgabesätze** im Rahmen der Künstlersozialabgabe für **selbständige** Künstler und Publizisten werden jährlich durch **Rechtsverordnung** festgesetzt.

Die **§Beseitigung der Vollzugsdefizite** durch die zwischenzeitlich abgeschlossene **Anschreibeaktion** sowie der zum 01.01.2008 erfolgte **Übergang des Prüfungsrechtes auf die Deutsche Rentenversicherung** hatten erste Wirkung gezeigt. Der Beitragssatz ist seit dem Kalenderjahr 2006 mehrfach gesunken.

Zwischenzeitlich hatte sich der **Spieß schon wieder herumgedreht**. In den Kalenderjahren 2014, 2015 und 2016 lag der Abgabensatz mit 5,2 % auf dem bisherigen Höchststand.

Abgabepflicht für Unternehmen

Die seit 1982 bestehende Künstlersozialkasse mit Sitz in Wilhelmshaven ist eine **Pflichtsozialversicherung für selbständige Künstler und Publizisten**. Pläne der Wirtschaft, die Künstlersozialversicherung **abzuschaffen** (diese Einrichtung ist einmalig in Europa!), sind am 19.09.2008 im Bundesrat (zunächst erst einmal) **gescheitert**.

Künstlersozialabgaben müssen jedoch auch **Unternehmen und Verwaltungen** zahlen, die nicht nur gelegentlich Aufträge **an selbständige Künstler und Publizisten** erteilen ó entweder für Werbung oder Öffentlichkeitsarbeit oder um deren Leistungen für das Unternehmen zu nutzen, wenn damit Einnahmen erzielt werden sollen, § 24 Abs. 2 Satz 1 KSVG.

Praxis-Tipp:

Viele Unternehmen und Verwaltungen sind sich ihrer **Verpflichtung zur Abführung der Künstlersozialabgabe gar nicht bewusst**, wenn sie beispielsweise Webdesigner und Autoren für ihren Internetauftritt oder Layouter, Grafiker und Fotografen für die Gestaltung ihrer Firmenprospekte und Geschäftsunterlagen beauftragen.

Eine Auftragserteilung an ein Unternehmen (z.B. Werbeagentur, Druckerei), das in der Rechtsform einer **Kapitalgesellschaft** (z.B. GmbH, AG) betrieben wird, an einen **Verein** oder an eine **Personengesellschaft** mit gewerblicher Rechtsform (OHG, KG, GmbH & Co. KG) führt hingegen **nicht (mehr) zur Abgabepflicht**.

Ergänzende Informationen zur Abgabepflicht

Ausführliche Informationen zur Abgabepflicht finden interessierte Unternehmen und Verwaltungen im Internet unter www.kuenstlersozialkasse.de sowie unter Tz. 3 des **Newsletters März 2020 der Techniker Krankenkasse**.

Gestaltungsmöglichkeiten bei der Künstlersozialabgabe

Im Bereich der Künstlersozialabgabe kommt es vielfach auf die **gewählte Vertragsgestaltung** und die **konkrete Rechnungsstellung** an.

Durch geschickte Gestaltungsmöglichkeiten lassen sich die Kosten für die Künstlersozialabgabe reduzieren.

Beispiel

Die Rechnung des mit der **Erstellung eines Flyers** beauftragten **Grafikers** lautet:

Grafische Gestaltung eines Flyers einschl. Fotos, Bildbearbeitung, Layout und Druckkosten	13.000,00 EUR zzgl. MwSt.
---	---------------------------

Vorliegend **unterliegen 13.000,00 EUR der Künstlersozialabgabepflicht**, da sich die Druckkosten nicht eindeutig betragsmäßig von den künstlerischen Leistungen trennen lassen.

Besser:

Getrennte Rechnungsstellung oder die Rechnung lautet wie folgt:

Grafische Gestaltung eines Flyers	2.000,00 EUR
Fotos und Bildbearbeitung	3.000,00 EUR
Layout	1.000,00 EUR
Druckkosten	<u>7.000,00 EUR</u>
	13.000,00 EUR zzgl. MwSt.

Hier unterliegen **šnurō 6.000,00 EUR der Künstlersozialabgabepflicht**; Druckkosten sind Vervielfältigungskosten, die nicht der Künstlersozialabgabe unterliegen.

Bei einer Zahlung der Rechnung im Kalenderjahr 2022 wurden Abgaben i.H.v. 6.000,00 EUR x 4,2 % = **252,00 EUR** fällig, bei einer Zahlung der Rechnung im Kalenderjahr 2023 betragen die Abgaben jedoch 6.000,00 EUR x 5,0 % = **300,00 EUR**.

Hinweis:

Steigt die Künstlersozialabgabe (wie jetzt zum Jahreswechsel 2022/2023), sollte zur optimalen Gestaltung für künstlerische Leistungen, die z.B. im Dezember 2022 erbracht wurden, das ggf. vereinbarte Zahlungsziel im Januar 2023 nicht ausgenutzt werden und noch bis 31.12.2022 gezahlt werden. In diesem Falle werden Künstlersozialabgaben šnurō fällig i.H.v. 6.000,00 EUR x 4,2 % = **252,00 EUR**.

Hintergrund ist, dass immer der **Abgabesatz im Zeitpunkt der Zahlung** des Entgelts, des Honorars oder der Gage anzuwenden ist.

Änderungen im Arbeits-, Lohnsteuer- und SV-Recht zum 01.01.2023	- 14 (10) -	Beitragsätze und Rechengrößen im Sozialversicherungsrecht (Kapitel 14)
---	-------------	--

14.2. Ausgewählte Rechengrößen in der Sozialversicherung 2022/2023 im Überblick (in den ó gebrauchten ó alten Bundesländern)

<u>Zustimmung des Bundesrates am 25.11.2022 erfolgt</u>	<u>2022</u>		<u>2023</u>	
	<u>Monat</u>	<u>Jahr</u>	<u>Monat</u>	<u>Jahr</u>
Beitragsbemessungsgrenze (KV/PV)	4.837,50 EUR	58.050,00 EUR	4.987,50 EUR	59.850,00 EUR
Beitragsbemessungsgrenze (RV/AV)	7.050,00 EUR	84.600,00 EUR	7.300,00 EUR	87.600,00 EUR
BBG RV Knappschaft	8.650,00 EUR	103.800,00 EUR	8.950,00 EUR	107.400,00 EUR
Besondere Jahresarbeitsentgeltgrenze	(4.837,50 EUR)	58.050,00 EUR	(4.987,50 EUR)	59.850,00 EUR
Allgemeine Jahresarbeitsentgeltgrenze	(5.362,50 EUR)	64.350,00 EUR	(5.550,00 EUR)	66.600,00 EUR
Geringfügigkeitsgrenze	450,00 EUR (bis 30.9.) 520,00 EUR (ab 1.10.)	---	520,00 EUR	(6.240,00 EUR)
Geringverdienergrenze	325,00 EUR	---	325,00 EUR	---
Bezugsgröße (§ 18 SGB IV)	3.290,00 EUR	39.480,00 EUR	3.395,00 EUR	40.740,00 EUR
Mindest-BBG Freiwillige Mitglieder (KV/PV)	1.096,67 EUR (1/3 der Bezugsgröße)	---	1.131,67 EUR (1/3 der Bezugsgröße)	---
Mindest-BBG Freiwillig versicherte Selbständige (KV/PV)	1.096,67 EUR (1/3 der Bezugsgröße)	---	1.131,67 EUR (1/3 der Bezugsgröße)	---
Mindest-BBG Azubis und Praktikanten (RV/AV)	32,90 EUR (1 % der Bezugsgröße)	---	33,95 EUR (1 % der Bezugsgröße)	---
Untergrenze / Freibetrag der KVdR für Versorgungsbezüge	164,50 EUR (5 % der Bezugsgröße)	---	169,75 EUR (5 % der Bezugsgröße)	---
Quelle: Sozialversicherungs-Rechengrößenverordnung 2023 vom 28.11.2022 (BGBl 2022 Teil I Seite 2128). Zu weiteren Einzelheiten zu den Rechengrößen vgl. weiter hinten in diesem Kapitel.				

Änderungen im Arbeits-, Lohnsteuer- und SV-Recht zum 01.01.2023	- 14 (11) -	Beitragsätze und Rechengrößen im Sozialversicherungsrecht (Kapitel 14)
---	-------------	--

14.3. Ausgewählte Rechengrößen in der Sozialversicherung 2022/2023 im Überblick (in den ó nicht mehr ganz so ó neuen Bundesländern)

<u>Zustimmung des Bundesrates am 25.11.2022 erfolgt</u>	<u>2022</u>		<u>2023</u>	
	<u>Monat</u>	<u>Jahr</u>	<u>Monat</u>	<u>Jahr</u>
Beitragsbemessungsgrenze (KV/PV)	4.837,50 EUR	58.050,00 EUR	4.987,50 EUR	59.850,00 EUR
Beitragsbemessungsgrenze (RV/AV)	6.750,00 EUR	81.000,00 EUR	7.100,00 EUR	85.200,00 EUR
BBG RV Knappschaft	8.350,00 EUR	100.200,00 EUR	8.700,00 EUR	104.400,00 EUR
Besondere Jahresarbeitsentgeltgrenze	(4.837,50 EUR)	58.050,00 EUR	(4.987,50 EUR)	59.850,00 EUR
Allgemeine Jahresarbeitsentgeltgrenze	(5.362,50 EUR)	64.350,00 EUR	(5.550,00 EUR)	66.600,00 EUR
Geringfügigkeitsgrenze	450,00 EUR (bis 30.9.) 520,00 EUR (ab 1.10.)	---	520,00 EUR	(6.240,00 EUR)
Geringverdienergrenze	325,00 EUR	---	325,00 EUR	---
Bezugsgröße (§ 18 SGB IV)	3.150,00 EUR	37.800,00 EUR	3.290,00 EUR	39.480,00 EUR
Mindest-BBG Freiwillige Mitglieder (KV/PV)	1.096,67 EUR (1/3 der West-Bezugsgröße)	---	1.131,67 EUR (1/3 der West-Bezugsgröße)	---
Mindest-BBG Freiwillig versicherte Selbständige (KV/PV)	1.096,67 EUR (1/3 der West-Bezugsgröße)	---	1.131,67 EUR (1/3 der West-Bezugsgröße)	---
Mindest-BBG Azubis und Praktikanten (RV/AV)	31,50 EUR (1 % der Ost-Bezugsgröße)	---	32,90 EUR (1 % der Ost-Bezugsgröße)	---
Untergrenze / Freibetrag der KVdR für Versorgungsbezüge	164,50 EUR (5 % der West-Bezugsgröße)	---	169,75 EUR (5 % der West-Bezugsgröße)	---
Quelle: Sozialversicherungs-Rechengrößenverordnung 2023 vom 28.11.2022 (BGBl 2022 Teil I Seite 2128). Zu weiteren Einzelheiten zu den Rechengrößen vgl. weiter hinten in diesem Kapitel.				

Änderungen im Arbeits-, Lohnsteuer- und SV-Recht zum 01.01.2023	- 14 (12) -	Beitragsätze und Rechengrößen im Sozialversicherungsrecht (Kapitel 14)
---	-------------	--

14.4. Sozialversicherungsrechtliche Rechengrößen für 2022/2023 (alte und neue Bundesländer)

a) Die monatlichen Beitragsbemessungsgrenzen in den alten Bundesländern

Die Beitragsbemessungsgrenzen in den alten Bundesländern werden jährlich entsprechend der Veränderung der Bruttolohn- und Gehaltssumme und den Rundungsvorschriften des SGB **angepasst**. Der Grenzwert in der **Renten- und Arbeitslosenversicherung** beträgt das 2,0-fache des (gerundeten) Durchschnittsverdienstes zum 01.01. des entsprechenden Jahres.

Die **Beitragsbemessungsgrenze in der Kranken- und Pflegeversicherung** beträgt 75 % des mit dem Faktor 1,8 erhöhten gerundeten Wertes. Somit beträgt die Beitragsbemessungsgrenze in der Kranken- und Pflegeversicherung **etwa zwei Drittel** der Beitragsbemessungsgrenze in der Renten- und Arbeitslosenversicherung.

<u>Beitragsbemessungsgrenzen</u>	<u>2 0 2 2</u>	<u>2 0 2 3</u>
Krankenversicherung	4.837,50 EUR	4.987,50 EUR
Pflegeversicherung		
Rentenversicherung	7.050,00 EUR	7.300,00 EUR
Arbeitslosenversicherung		
Knappschaftliche Rentenversicherung	8.650,00 EUR	8.950,00 EUR

b) Die monatlichen Beitragsbemessungsgrenzen in den neuen Bundesländern

Die Beitragsbemessungsgrenzen in der **Kranken- und Pflegeversicherung** der neuen Bundesländer wurden zum 01.01.2001 an die **West-Werte** angeglichen. Welches Recht in der Renten- und Arbeitslosenversicherung anzuwenden ist, richtet sich nach dem **Beschäftigungsort** des Arbeitnehmers. Zu weiteren Einzelheiten vgl. § 9 SGB IV.

<u>Beitragsbemessungsgrenzen</u>	<u>2 0 2 2</u>	<u>2 0 2 3</u>
Krankenversicherung	4.837,50 EUR	4.987,50 EUR
Pflegeversicherung		
Rentenversicherung	6.750,00 EUR	7.100,00 EUR
Arbeitslosenversicherung		
Knappschaftliche Rentenversicherung	8.350,00 EUR	8.700,00 EUR

Änderungen im Arbeits-, Lohnsteuer- und SV-Recht zum 01.01.2023	- 14 (13) -	Beitragsätze und Rechengrößen im Sozialversicherungsrecht (Kapitel 14)
---	-------------	--

c) **Die Versicherungspflichtgrenze in der gesetzlichen Krankenversicherung (sog. Jahresarbeitsentgeltgrenze)**

Arbeitnehmer, die mit ihrem **regelmäßigen** (beitragspflichtigen) Arbeitsentgelt die sog. **Jahresarbeitsentgeltgrenze** überschreiten, sind nicht versicherungspflichtig in der gesetzlichen Krankenversicherung, § 6 Abs. 1 Nr. 1 SGB V.

Zum Begriff des **regelmäßigen Jahresarbeitsentgelts** vgl. *Grundsätzliche Hinweise des GKV-Spitzenverbandes zur Versicherungsfreiheit von Arbeitnehmern bei Überschreiten der Jahresarbeitsentgeltgrenze vom 20. März 2019, auch Infobox zur Seminarveranstaltung „Änderungen im Arbeits-, Lohnsteuer- und Sozialversicherungsrecht zum 01.01.2022“*.

Die Höhe der **Jahresarbeitsentgeltgrenze** ist in den **alten und neuen Bundesländern identisch**, jedoch ist **zu unterscheiden**, ob für den Arbeitnehmer die allgemeine Jahresarbeitsentgeltgrenze nach **§ 6 Abs. 6 SGB V (ohne Vertrauensschutz)** oder die besondere Grenze nach **§ 6 Abs. 7 SGB V (mit Vertrauensschutz, da am 31.12.2002 PKV-Mitglied)** gilt.

<u>Jahresarbeitsentgeltgrenze</u>	<u>2002</u>	<u>2003</u>	<u>í</u>	<u>2020</u>	<u>2021</u>	<u>2022</u>	<u>2023</u>
Besondere Jahresarbeitsentgeltgrenze <u>mit Vertrauensschutz</u> (am 31.12.2002 wegen hohen Einkommens PKV-Mitglied)	40.500,00 EUR	41.400,00 EUR	í	56.250,00 EUR	58.050,00 EUR	58.050,00 EUR	59.850,00 EUR
Allgemeine Jahresarbeitsentgeltgrenze <u>ohne Vertrauensschutz</u> (sonstige Arbeitnehmer)	40.500,00 EUR	45.900,00 EUR	í	62.550,00 EUR	64.350,00 EUR	64.350,00 EUR	66.600,00 EUR

Voraussetzung für die Anwendung der Vertrauensschutzregelung ist auch, dass es sich bei der erforderlichen privaten Krankenversicherung um eine **substitutive Krankenversicherung** handelt, d.h. um eine Krankenversicherung, die geeignet ist, die gesetzliche Krankenversicherung ganz oder teilweise zu ersetzen (vgl. § 12 Abs. 1 VAG). Das Bestehen einer **bloßen Zusatzversicherung** - so die damalige Gesetzesbegründung - **reicht hierzu nicht aus**.

Auch eine **Doppelversicherung am 31.12.2002** (z.B. freiwilliges Mitglied einer gesetzlichen Krankenkasse und gleichzeitig Mitglied einer privaten Krankenversicherung am 31.12.2002) führt **nicht zur Versicherungsfreiheit** im Rahmen der Vertrauensschutzregelung, vgl. *auch Rundschreiben der Spitzenverbände der gesetzlichen Krankenversicherung vom 16.12.2002*.

Änderungen im Arbeits-, Lohnsteuer- und SV-Recht zum 01.01.2023	- 14 (14) -	Beitragssätze und Rechengrößen im Sozialversicherungsrecht (Kapitel 14)
--	--------------------	--

Auch bei **Neueinstellungen nach dem 31.12.2002** kommt es für die Höhe der anzuwendenden Jahresarbeitsentgeltgrenze immer auf die **Verhältnisse am 31.12.2002** an.

Beispiel 1 (Kalenderjahr 2023)

Arbeitnehmer, seit 01.01.2000 privat krankenversichert
Regelmäßiges Jahresarbeitsentgelt seit 01.01.2002 75.000,00 EUR

Arbeitgeberwechsel, neue Beschäftigung ab 01.08.2023
Regelmäßiges Jahresarbeitsentgelt 60.000,00 EUR

Der Arbeitnehmer bleibt versicherungsfrei.

Der Arbeitnehmer war bereits am 31.12.2002 wegen Überschreitens der Jahresarbeitsentgeltgrenze für 2002 von 40.500,00 EUR versicherungsfrei und ausschließlich privat krankenversichert.

Für die Prüfung des Jahresarbeitsentgelts zu Beginn der Beschäftigung ab 01.08.2023 gilt die **besondere Jahresarbeitsentgeltgrenze** von 59.850,00 EUR
Das Arbeitsentgelt i.H.v. 60.000,00 EUR ist größer als die besondere Jahresarbeitsentgeltgrenze.

Der Arbeitnehmer ist daher versicherungsfrei.

Beispiel 2 (Kalenderjahr 2023)

Arbeitnehmer, freiwilliges Mitglied in der GKV bis 31.12.2002
Privat krankenversichert ab 01.01.2003
Regelmäßiges Arbeitsentgelt seit 01.01.2002 75.000,00 EUR

Arbeitgeberwechsel, neue Beschäftigung ab 01.08.2023
Regelmäßiges Jahresarbeitsentgelt 66.000,00 EUR

Der Arbeitnehmer wird versicherungspflichtig.

Der Arbeitnehmer war am 31.12.2002 **nicht** wegen Überschreitens der Jahresarbeitsentgeltgrenze ausschließlich privat krankenversichert.

Für die Prüfung des Jahresarbeitsentgelts zu Beginn der Beschäftigung ab 01.08.2023 gilt die **allgemeine Jahresarbeitsentgeltgrenze** von 66.600,00 EUR
Das Arbeitsentgelt i.H.v. 66.000,00 EUR ist kleiner als die allgemeine Jahresarbeitsentgeltgrenze.

Der Arbeitnehmer ist daher versicherungspflichtig.

Zu weiteren **Einzelheiten** vgl. *Grundsätzliche Hinweise des GKV-Spitzenverbandes zur Versicherungsfreiheit von Arbeitnehmern bei Überschreiten der Jahresarbeitsentgeltgrenze vom 20. März 2019, auch verfügbar in der Infobox zur Seminarveranstaltung § Änderungen im Arbeits-, Lohnsteuer- und Sozialversicherungsrecht zum 01.01.2022*ö.

Änderungen im Arbeits-, Lohnsteuer- und SV-Recht zum 01.01.2023	- 14 (15) -	Beitragssätze und Rechengrößen im Sozialversicherungsrecht (Kapitel 14)
---	-------------	---

d) **Die monatliche Entgeltgrenze für versicherungsfreie geringfügige Beschäftigung (Geringfügigkeitsgrenze)**

Durch das *§ Zweite Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt* vom 23.12.2002 (BGBl 2002 Teil I Seite 4621) wurde **zum 01.04.2003** eine **Änderung in der rechtlichen Beurteilung** von geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen vorgenommen.

Seit **01.04.2003** ist eine geringfügig entlohnte Beschäftigung nicht nur für **Arbeitnehmer ohne sozialversicherungspflichtige Hauptbeschäftigung** (z.B. Schüler, Studenten, Hausfrauen, Beamte, Rentner, Pensionäre, Selbständige, Gewerbetreibende) möglich, sondern auch **neben einem sozialversicherungspflichtigen Hauptberuf** möglich.

<u>Geringfügigkeitsgrenze</u>	<u>1 ó 6/2022</u>	<u>7 ó 9/2022</u>	<u>ab 10/2022</u>
KV, PV, RV, AV (monatlich)	450,00 EUR	450,00 EUR	520,00 EUR
und monatliche Arbeitszeit nicht mehr als	(45,82 Std.)	(43,06 Std.)	(43,33 Std.)

Wichtiger Hinweis:

Nach **§ 17 Abs. 1 Satz 1 Mindestlohngesetz (MiLoG)** ist der Arbeitgeber seit dem 01.01.2015 gesetzlich verpflichtet, Beginn, Dauer und Ende der täglichen Arbeitszeit von geringfügig beschäftigten Arbeitnehmern aufzuzeichnen und in elektronischer Form zu den Entgeltunterlagen zu nehmen, § 8 Abs. 2 Nr. 13 BVV (Fassung ab 01.01.2022).

Arbeitsvertragliche Regelungen zur Arbeitszeit allein reichen daher bei geringfügig entlohnt Beschäftigten seit dem 01.01.2015 für die sozialversicherungsrechtlichen Dokumentationspflichten grundsätzlich **nicht mehr aus**, vgl. auch *Abschnitt F ab Seite 109 der Geringfügigkeits-Richtlinien vom 16.08.2022*.

Bei Beachtung des **gesetzlichen Mindestlohns** ergibt sich für eine geringfügig entlohnte Beschäftigung **im III. Quartal 2022 eine absolute Stundenhöchstgrenze** von 450,00 EUR : 10,45 EUR/Std. = **43,06 Std./Monat** und **ab 01.10.2022 eine absolute Stundenhöchstgrenze** von 520,00 EUR : 12,00 EUR/Std. = **43,33 Std./Monat**.

◆ **Pauschale Arbeitgeberbeiträge**

Durch das Haushaltsbegleitgesetzes 2006 erfolgte **im Kalenderjahr 2006** eine Erhöhung **der Pauschalabgabe bei geringfügig entlohnter Beschäftigung von bis dahin 25 %** (11 % KV, 12 % RV, ggf. 2 % Pauschsteuer) **auf insgesamt 30 %** (13 % KV, 15 % RV, ggf. 2 % Pauschsteuer).

Die Pauschalbeiträge von jeweils 5 % für Beschäftigungen in **Privathaushalten** sind **nicht verändert worden**.

Änderungen im Arbeits-, Lohnsteuer- und SV-Recht zum 01.01.2023	- 14 (16) -	Beitragsätze und Rechengrößen im Sozialversicherungsrecht (Kapitel 14)
---	-------------	--

<u>Pauschale Arbeitgeberbeiträge</u>	<u>1 ó 12/2021</u>	<u>1 ó 12/2022</u>	<u>1 ó 12/2023</u>
Rentenversicherung (Betriebe)	15 %	15 %	15 %
Krankenversicherung (Betriebe)	13 %	13 %	13 %
Pauschsteuer (§ 40a Abs. 2 EStG)	2 %	2 %	2 %
Rentenversicherung (Privathaushalte)	5 %	5 %	5 %
Krankenversicherung (Privathaushalte)	5 %	5 %	5 %

Rentenversicherungspflicht

Bei einer geringfügig entlohnten Beschäftigung besteht **Rentenversicherungspflicht**, wenn der Beschäftigte **keinen Antrag auf Befreiung** von der Rentenversicherungspflicht gestellt hat (Neufälle ab 01.01.2013) bzw. der Beschäftigte **auf die Rentenversicherungsfreiheit verzichtet hat** (Altfälle bis 31.12.2012).

In diesen Fällen ist der **Arbeitnehmer** verpflichtet, die **Differenz** zwischen dem Gesamtbeitrag zur gesetzlichen Rentenversicherung und dem pauschalen Arbeitgeberbeitrag **zu tragen**.

Durch die Rentenversicherungspflicht haben die Versicherten z.B. Anspruch auf **Rehabilitationsleistungen**, auf Rente wegen **verminderter Erwerbsfähigkeit**, auf unmittelbare **Riester-Förderung** und auf vollständige **Wartezeitanerkennung** bei der Antragstellung für den Bezug von Altersrenten, wenn die weiteren Voraussetzungen jeweils erfüllt sind.

<u>Arbeitnehmerbeitrag bei Rentenversicherungspflicht</u>	<u>1 ó 12/2021</u>	<u>1 ó 12/2022</u>	<u>1 ó 12/2023</u>
Gesamtbeitrag	18,6 %	18,6 %	18,6 %
Pauschaler Arbeitgeberbeitrag	<u>15,0 %</u>	<u>15,0 %</u>	<u>15,0 %</u>
Arbeitnehmerbeitrag (Betriebe)	3,6 %	3,6 %	3,6 %

Im Falle der Versicherungspflicht in der Rentenversicherung ist zu beachten, dass für die Berechnung des RV-Beitrags bei Arbeitnehmern ohne rv-pflichtige Hauptbeschäftigung eine **Mindestbemessungsgrundlage** gilt und sich unter Beachtung des jeweils gültigen Beitragsatzes zur Rentenversicherung ein **Mindestgesamtbeitrag** ergibt, § 163 Abs. 8 SGB VI.

<u>Ermittlung des Mindestgesamtbeitrages</u>	<u>1 ó 12/2021</u>	<u>1 ó 12/2022</u>	<u>1 ó 12/2023</u>
Mindestbemessungsgrundlage	175,00 EUR	175,00 EUR	175,00 EUR
RV-Beitragsatz	18,6 %	18,6 %	18,6 %
Mindestgesamtbeitrag	32,55 EUR	32,55 EUR	32,55 EUR

Änderungen im Arbeits-, Lohnsteuer- und SV-Recht zum 01.01.2023	- 14 (17) -	Beitragsätze und Rechengrößen im Sozialversicherungsrecht (Kapitel 14)
--	--------------------	---

Beispiel (Kalenderjahr 2023 mit einem RV-Beitragsatz von 18,6 %)

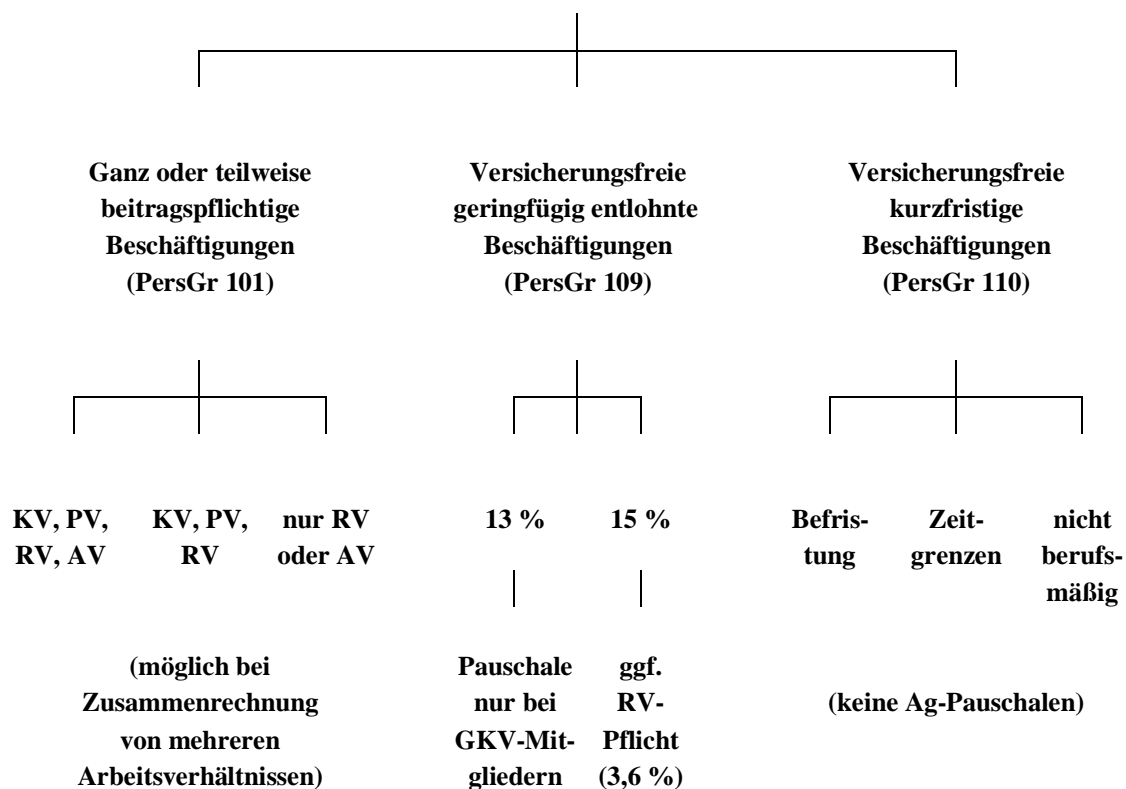
Ein im Kalenderjahr 2023 neu eingestellter geringfügig entlohnter Beschäftigter ohne rentenversicherungspflichtige Hauptbeschäftigung mit einem **monatlichen Arbeitsentgelt von 100,00 EUR** hat keinen Antrag auf Befreiung von der Rentenversicherungspflicht gestellt.

Von dem **Mindestbetrag von 32,55 EUR** ist der **Beitragsanteil des Arbeitgebers** in Höhe von **15 v.H. von 100,00 EUR = 15,00 EUR** zu kürzen, so dass der **geringfügig entlohnt Beschäftigte** selbst (32,55 EUR ó 15,00 EUR =) **17,55 EUR** als Rentenversicherungsbeitrag aufzubringen hat.

Kurzfristige Beschäftigung

<u>Alle Versicherungszweige</u>	<u>11/20 - 2/21</u>	<u>3 ó 10/2021</u>	<u>ab 11/2021</u>
Zeitgrenzen	3 Monate oder 70 Arbeitstage	4 Monate oder 102 Arbeitstage	3 Monate oder 70 Arbeitstage
Sonstige Voraussetzungen	Befristung, nicht berufsmäßig	Befristung, nicht berufsmäßig	Befristung, nicht berufsmäßig

**Übersicht zur beitragsrechtlichen Behandlung
von geringfügigen Beschäftigten**



Änderungen im Arbeits-, Lohnsteuer- und SV-Recht zum 01.01.2023	- 14 (18) -	Beitragsätze und Rechengrößen im Sozialversicherungsrecht (Kapitel 14)
---	-------------	--

e) Der sozialversicherungsrechtliche Übergangsbereich (früher Gleitzone)

Im sv-rechtlichen Übergangsbereich wird das beitragspflichtige Entgelt (šBEö, SV-Brutto) mit einer **besonderen Formel** ermittelt. Die ab dem 01.01.2023 gültige Formel lautet:

$$BE = F \times G + \left(\frac{2000}{2000-G} - \frac{G}{2000-G} \times F \right) \times (AE - G).$$

§ 20 Abs. 2a Satz 1 SGB IV.

Die Bemessungsgrundlage für den Arbeitnehmeranteil ermittelt nach § 20 Abs. 2a Satz 6 SGB IV ab dem 01.01.2023 sich nach folgender Formel:

$$BE = \left(\frac{2000}{2000-G} \right) \times (AE - G).$$

Ermittlung des Faktors F

Für die Ermittlung des Faktors F ist der **Wert 30 v.H.** (13 % KV, 15 % RV, 2 % LSt) bzw. ab 01.10.2022 der **Wert 28 v.H.** durch den **Gesamtsozialversicherungsbeitrag** zu dividieren.

<u>Übergangsbereich</u>	<u>1 ó 9/2022</u>	<u>10 ó 12/2022</u>	<u>1 ó 12/2023</u>
Unterer Grenzbetrag	450,01 EUR	520,01 EUR	520,01 EUR
Oberer Grenzbetrag	1.300,00 EUR	1.600,00 EUR	2.000,00 EUR

<u>Ermittlung des Gesamtsozialversicherungsbeitragsatzes</u>	<u>1 ó 9/2022</u>	<u>10 ó 12/2022</u>	<u>1 ó 12/2023</u>
Krankenversicherung (ab 2015: Durchschnitt)	15,9 %	15,9 %	16,2 %
Pflegeversicherung (ohne K-Zuschlag)	3,05 %	3,05 %	3,05 %
Rentenversicherung	18,6 %	18,6 %	18,6 %
Arbeitslosenversicherung	<u>2,4 %</u>	<u>2,4 %</u>	<u>2,6 %</u>
	<u>39,95 %</u>	<u>39,95 %</u>	<u>40,45 %</u>

<u>Ermittlung des Faktors F</u>	<u>1 ó 9/2022</u>	<u>10 ó 12/2022</u>	<u>1 ó 12/2023</u>
30 v.H. : 39,95 v.H. =	<u>0,7509</u>		
28 v.H. : 39,95 v.H. =		<u>0,7009</u>	
28 v.H. : 40,45 v.H. =			<u>0,6922</u>

Änderungen im Arbeits-, Lohnsteuer- und SV-Recht zum 01.01.2023	- 14 (19) -	Beitragsätze und Rechengrößen im Sozialversicherungsrecht (Kapitel 14)
---	-------------	--

Vergleichende Betrachtung zur Ermittlung des SV-Bruttos

<u>§Eigentlichö beitragspflichtiges Arbeitsentgelt (reguläres SV-Brutto)</u>	Fiktive beitragspflichtige Einnahme §BEö (beitragspflichtiges Arbeitsentgelt, SV-Brutto)		
	<u>01.01. bis 30.09.2022 (Grenze 1.300,00 EUR mit Faktor F 0,7509)</u>	<u>01.10. bis 31.12.2022 (Grenze 1.600,00 EUR mit Faktor F 0,7009)</u>	<u>01.01. bis 31.12.2023 (Grenze 2.000,00 EUR mit Faktor F 0,6922)</u>
450,01 EUR	337,92 EUR	315,41 EUR	311,50 EUR
520,01 EUR	417,15 EUR	364,48 EUR	359,96 EUR
600,00 EUR	507,69 EUR	455,99 EUR	448,60 EUR
800,00 EUR	734,06 EUR	684,79 EUR	670,22 EUR
1.000,00 EUR	960,44 EUR	913,59 EUR	891,85 EUR
1.200,00 EUR	1.186,81 EUR	1.142,40 EUR	1.113,48 EUR
1.400,00 EUR	1.400,00 EUR	1.371,20 EUR	1.335,11 EUR
1.600,00 EUR	1.600,00 EUR	1.600,00 EUR	1.556,74 EUR
1.800,00 EUR	1.800,00 EUR	1.800,00 EUR	1.778,37 EUR
2.000,00 EUR	2.000,00 EUR	2.000,00 EUR	2.000,00 EUR

Quelle: Veröffentlichung unter <https://www.aok.de/fk/tools/rechner/minijob-und-uebergangsbereichs-rechner/> (Abruf vom 14.01.2023)

Richtlinien der Spitzenverbände der Sozialversicherungsträger

Zu weiteren Einzelheiten vgl.

- **Geringfügigkeits-Richtlinien vom 16.08.2022**
(165 Seiten mit 54 Beispielen) und
- **Richtlinien für den Übergangsbereich vom 20.12.2022**
(57 Seiten mit 28 Beispielen).

Die **Veröffentlichung** der neu gefassten **Richtlinien für den Übergangsbereich vom 20.12.2022** ist im Januar 2023 erfolgt.

Sie stehen bei Bedarf im Online-Informationssdienst unter <https://www.als-semi-nare.de/online-informationssdienst/> (Meldung vom 07.01.2023) zur Verfügung.

Änderungen im Arbeits-, Lohnsteuer- und SV-Recht zum 01.01.2023	- 14 (20) -	Beitragssätze und Rechengrößen im Sozialversicherungsrecht (Kapitel 14)
---	-------------	---

Geänderte Beitragsverteilung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer ab dem 01.10.2022

Berechnungsweise der SV-Beiträge im Übergangsbereich bis 30.09.2022:

Gesamtbeitrag auf fiktives (reduziertes) SV-Brutto lt. gesetzlicher Formel

./. Normaler Arbeitgeberanteil auf reguläres SV-Brutto

= Reduzierter Arbeitnehmeranteil (unter 50 % des Gesamtbeitrages)

Berechnungsweise der SV-Beiträge im Übergangsbereich ab 01.10.2022:

Gesamtbeitrag auf fiktives (reduziertes) SV-Brutto lt. Formel 1

./. AN-Anteil auf fiktives (noch weiter reduziertes) SV-Brutto lt. Formel 2

= Erhöhter Arbeitgeberanteil (über 50 % des Gesamtbeitrages)

(1) Arbeits- entgelt 01/ bis 12/2023	(2) SV-Brutto Gesamt- beitrag lt. Formel	(3) Gesamt- beitrag zur SV – 40,45 % von (2)	(4) SV-Brutto AN-Anteil lt. Formel	(5) AN-Anteil: 20,225 % von (4)	(6) Ag-An- teil: (3) abzgl. (5)	(7) Ag-Anteil in Prozent zum Arbeits- entgelt	(8) Netto- entgelt AN (ohne Abzug von Steuern): (1) abzgl. (5)
520,01 €	359,96 €	145,60 €	0,01 €	0,00 €	145,60 €	28,00%	520,01 €
600,00 €	448,60 €	181,46 €	108,11 €	21,87 €	159,59 €	26,60%	578,13 €
700,00 €	559,41 €	226,28 €	243,24 €	49,20 €	177,09 €	25,30%	650,80 €
800,00 €	670,22 €	271,10 €	378,38 €	76,53 €	194,58 €	24,32%	723,47 €
900,00 €	781,04 €	315,93 €	513,51 €	103,86 €	212,07 €	23,56%	796,14 €
1.000,00 €	891,85 €	360,75 €	648,65 €	131,19 €	229,56 €	22,96%	868,81 €
1.100,00 €	1.002,67 €	405,58 €	783,78 €	158,52 €	247,06 €	22,46%	941,48 €
1.200,00 €	1.113,48 €	450,40 €	918,92 €	185,85 €	264,55 €	22,05%	1.014,15 €
1.300,00 €	1.224,30 €	495,23 €	1.054,05 €	213,18 €	282,05 €	21,70%	1.086,82 €
1.400,00 €	1.335,11 €	540,05 €	1.189,19 €	240,51 €	299,54 €	21,40%	1.159,49 €
1.500,00 €	1.445,93 €	584,88 €	1.324,32 €	267,84 €	317,03 €	21,14%	1.232,16 €
1.600,00 €	1.556,74 €	629,70 €	1.459,46 €	295,18 €	334,53 €	20,91%	1.304,82 €
1.700,00 €	1.667,56 €	674,53 €	1.594,59 €	322,51 €	352,02 €	20,71%	1.377,49 €
1.800,00 €	1.778,37 €	719,35 €	1.729,73 €	349,84 €	369,51 €	20,53%	1.450,16 €
1.900,00 €	1.889,19 €	764,18 €	1.864,86 €	377,17 €	387,01 €	20,37%	1.522,83 €
2.000,00 €	2.000,00 €	809,00 €	2.000,00 €	404,50 €	404,50 €	20,23%	1.595,50 €

Änderungen im Arbeits-, Lohnsteuer- und SV-Recht zum 01.01.2023	- 14 (21) -	Beitragssätze und Rechengrößen im Sozialversicherungsrecht (Kapitel 14)
--	--------------------	--

f) Die monatliche Geringverdienergrenze (§ 20 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 SGB IV)

Bei Arbeitnehmern, die zu ihrer **Berufsausbildung** beschäftigt werden (z.B. Auszubildende, beitragspflichtige Praktikanten) mit ihrem Arbeitsentgelt die sog. Geringverdienergrenze nicht übersteigen, ist der Arbeitgeber verpflichtet, den **Gesamtbeitrag** zur gesetzlichen Sozialversicherung **allein zu tragen**, § 20 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 SGB IV.

Auch für versicherte Personen, die einen **freiwilligen sozialen Dienst** im Sinne des Gesetzes zur Förderung von Jugendfreiwilligendiensten oder **Bundesfreiwilligendienst (BFD)** nach dem Bundesfreiwilligendienstgesetz (BFDG) leisten, trägt der **Arbeitgeber den Gesamtbeitrag** ó unabhängig von der Geringverdienergrenze ó allein.

<u>Versicherungszweig</u>	<u>1 ó 12/2021</u>	<u>1 ó 12/2022</u>	<u>1 ó 12/2023</u>
KV, PV, RV, AV	325,00 EUR	325,00 EUR	325,00 EUR

Beispiel (Kalenderjahr 2023 mit einem durchschnittlichen KV-Zusatzbeitragssatz von 1,6 %)

Ein Teilnehmer eines praxis- oder ausbildungsintegrierten **dualen Studiengangs**, eines dualen Studienganges (seit 2015 Kombination aus Lehre, Meister und Bachelor, vgl. auch FAZ vom 03.02.2021) bzw. ein Absolvent eines vorgeschriebenen Praktikums, der nicht unter die seit 01.01.2020 zu beachtende Mindestausbildungsvergütung (MAV) des Berufsbildungsgesetzes fällt, mit Steuerklasse I/0 erhält vom Ausbildungsbetrieb im Kalenderjahr 2023 eine monatliche Ausbildungs-/Praktikantenvergütung von 300,00 EUR.

Da die **Geringverdienergrenze von 325,00 EUR** nicht überschritten wird, handelt es sich um ein geringes Arbeitsentgelt. Da somit **kein Arbeitnehmeranteil** zur Sozialversicherung einzubehalten ist, und bei diesem Betrag in der Steuerklasse I auch keine Lohn- und Kirchensteuer anfällt, kann die monatliche Ausbildungs-/Praktikantenvergütung in Höhe von 300,00 EUR brutto = netto gezahlt werden.

Der **Arbeitgeber** hat jedoch die **Gesamtsozialversicherungsbeiträge** abzuführen; sie betragen im Kalenderjahr 2023 (mit durchschnittlichem Zusatzbeitrag in der gesetzlichen Krankenversicherung und ohne Zuschlag für Kinderlose in der sozialen Pflegeversicherung) **insgesamt 40,45 %** von 300,00 EUR = 121,35 EUR.

Übersteigt die Ausbildungs-/Praktikantenvergütung in einem Monat durch die Zahlung einer **einmaligen Zuwendung** den Betrag von 325,00 EUR, so tragen Arbeitgeber und Arbeitnehmer den Betrag für den Teil des Arbeitslohns, der 325,00 EUR **übersteigt, je zur Hälfte**; bis zum Betrag von 325,00 EUR trägt auch in diesem Fall der Arbeitgeber den Beitrag **allein**.

Beispiel (Kalenderjahr 2023)

Ein Auszubildende/dualer Student/beitragspflichtiger Praktikant, der nicht unter die Vorschriften der Mindestausbildungsvergütung (MAV) des Berufsbildungsgesetzes fällt (vgl. dazu letztes Beispiel weiter oben auf dieser Seite) mit einer monatlichen Ausbildungs-/Praktikantenvergütung von 300,00 EUR erhält im November 2023 ein Weihnachtsgeld in Höhe von 300,00 EUR.

Bis zu einem Monatslohn von 325,00 EUR trägt der Arbeitgeber den Gesamtsozialversicherungsbeitrag allein. Die Beiträge auf den übersteigenden Betrag von (600,00 EUR - 325,00 EUR =) 275,00 EUR tragen der Arbeitgeber und der Auszubildende/duale Student/beitragspflichtige Praktikant je zur Hälfte.

14.5. Rentenformel und Rentenberechnung

Vgl. Ausführungen auf Seite 4 (47) ff. der Seminarunterlagen zur Seminarveranstaltung §Änderungen im Arbeits-, Lohnsteuer- und Sozialversicherungsrecht zum 01.01.2022ö.

Dienstag, 22. Oktober 2019 · Nr. 245/43 R 1

Bundesbank rät zu Rente mit 69 Jahren

pik. FRANKFURT, 21. Oktober. Die Deutsche Bundesbank hat sich in ihrem aktuellen Monatsbericht für eine Anpassung des Rentenalters an die steigende Lebenserwartung ausgesprochen. Durch die zunehmende Alterung der Bevölkerung habe sich das Verhältnis von Arbeits- und Rentenzeit seit Anfang der sechziger Jahre deutlich verschoben. Damals hatte die Ruhestandsphase einen Anteil von 30 Prozent an der Arbeitszeit. Bis die Rente mit 67 in diesem Jahrzehnt wirksam wurde, stieg der Anteil auf 42 Prozent. Wollte man diese Relation bei 40 Prozent stabil halten, müsse man das Renteneintrittsalter im kommenden halben Jahrhundert auf 69,3 Jahre steigern, empfiehlt die Bundesbank. Auch die Auswirkungen niedrigerer Geburtenraten seien noch nicht ausreichend im Rentensystem erfasst. Im Jahr 2025 laufen die von der früheren Bundesregierung beschlossenen Regeln zu Haltelinien für das Versorgungsniveau und den Beitragssatz aus. Der Reformbedarf ist sichtbar: Wenn die Rechtslage so bliebe wie bisher, würde das Versorgungsniveau von 2025 an von 48 Prozent des Durchschnittsgehalts innerhalb von vier Jahrzehnten unter 40 Prozent fallen. Gleichzeitig würde das Beitragsniveau von 18,6 auf mehr als 26 Prozent steigen; auch der Anteil der Bundesmittel als Rentenzuschuss würde steigen. (Siehe *Wirtschaft*, Seite 16.)

Änderungen im Arbeits-, Lohnsteuer- und SV-Recht zum 01.01.2023	- 14 (23) -	Beitragsätze und Rechengrößen im Sozialversicherungsrecht (Kapitel 14)
---	-------------	--

14.6. Leistungsrecht der Arbeitsförderung

a) Höhe des Anspruchs auf Arbeitslosengeld

Die Höhe des Anspruchs auf **Arbeitslosengeld I** ist in den §§ 149 ff. SGB III geregelt. Dabei wird jeweils zwischen einem **allgemeinen** Leistungssatz (ohne Kinder) und einem **erhöhten Leistungssatz** (mit Kindern) unterschieden.

<u>Art der Entgeltersatzleistung</u>	<u>Erhöhter Leistungssatz (Leistungsempfänger mit mindestens einem Kind)</u>	<u>Allgemeiner Leistungssatz</u>
Arbeitslosengeld I	67 Prozent des (pauschalierten) Nettoentgelts	60 Prozent des (pauschalierten) Nettoentgelts
<p>Bemessungszeitraum für das pauschalierte Nettoentgelt (Leistungsentgelt) sind grundsätzlich die letzten 12 Monate vor der Entstehung des Anspruchs, § 150 SGB III.</p> <p>Arbeitsentgelt aus einer Erwerbstätigkeit ist auf das Arbeitslosengeld I anzurechnen, soweit das Nettoarbeitsentgelt 20 % des monatlichen Arbeitslosengeldes (mindestens jedoch 165,00 EUR im Kalendermonat) übersteigt, vgl. § 155 Abs. 1 SGB III. Zum 01.01.2005 ist die frühere 20 %-Grenze entfallen.</p>		

b) Anspruchsdauer für den Arbeitslosengeldbezug

Maximale Anspruchsdauer für den Arbeitslosengeldbezug (ohne Sonderregelungen für Saisonkräfte, vgl. auch Handelsblatt vom 21.01.2022)		
Nach einer beitragspflichtigen Beschäftigung von mindestens ... Monaten in den vergangenen <u>fünf</u> Jahren	<u>und</u> nach Vollendung des ... Lebensjahres	Anspruchsdauer gem. § 147 Abs. 2 i.V.m. § 143 Abs. 1 SGB III
12	---	6 Monate
16	---	8 Monate
20	---	10 Monate
24	---	12 Monate
30	50.	15 Monate
36	55.	18 Monate
48	58.	24 Monate

Änderungen im Arbeits-, Lohnsteuer- und SV-Recht zum 01.01.2023	- 14 (24) -	Beitragsätze und Rechengrößen im Sozialversicherungsrecht (Kapitel 14)
---	-------------	--

c) Grundsicherung für Arbeitsuchende (Hartz IV, ab 01.01.2023 § Bürgergeldö)

	<u>Alleinstehende / Alleinerziehende</u>	<u>Paare (je Person)</u>	<u>18- bis 24-Jährige im Elternhaus</u>	<u>Kinder</u>
Regelbedarfsstufe	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufen 4 bis 6
í % vom Regelsatz	100 %	90 %	80 %	---
Höhe des Regelbedarfes ab 01.01.2022	449,00 EUR	404,00 EUR	360,00 EUR	376,00 EUR (14 bis 17 Jahre), 311,00 EUR (6 bis 13 Jahre) bzw. 285,00 EUR (unter 6 Jahre)
Höhe des Regelbedarfes ab 01.01.2023 (Zustimmung des Bundesrates am 25.11.2022)	502,00 EUR	451,00 EUR	402,00 EUR	420,00 EUR (14 bis 17 Jahre), 348,00 EUR (6 bis 13 Jahre) bzw. 318,00 EUR (unter 6 Jahre)

Die **Anpassung der Regelsätze zum 01.01.2023** erfolgt durch Änderung der Tabelle in der Anlage zu § 28 SGB XII im Rahmen des Zwölften Gesetzes zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze ó **Einführung eines Bürgergeldes (Bürgergeld-Gesetz)** vom 16.12.2022 ó BGBl 2022 Teil I Seite 2328 (Verabschiedung Bundestag am 25.11.2022, Zustimmung des Bundesrats am 25.11.2022).

Der Anspruch auf **Arbeitslosengeld II** setzt voraus, dass der Antragsteller **bedürftig** ist. Bei der Prüfung der **Bedürftigkeit** ist das **Vermögen** des Arbeitslosen, des nicht dauernd getrennt lebenden Ehegatten und von anderen Personen, die mit dem Arbeitslosen in einer Bedarfsgemeinschaft leben, zu berücksichtigen.

Bei der Höhe des Regelbedarfes gibt es **keine Unterscheidung** in alte und neue Bundesländer.

Weitere Leistungen für Empfänger von Bürgergeld (ohne Sonderregelungen)

Zur Grundsicherung **hinzu kommen u.a.**

- die tatsächlichen **Miet- und Heizkosten** für eine §angemesseneö Unterkunft,
- **einmalige Leistungen**, z.B. für die Erstausstattung der Wohnung, für Bekleidung oder für mehrtägige Klassenfahrten der Kinder, die Beiträge zur Sozialversicherung, sowie sog. §Schulbedarfspaketö gem. Anlage zu § 34 des SGB XII für schulpflichtige Kinder ab August 2022 i.H.v. 156,00 EUR und ab August 2023 i.H.v. 174,00 EUR.
- **Zuschläge** für werdende Mütter ab der 13. Schwangerschaftswoche, für alleinerziehende Elternteile mit minderjährigen Kindern und für behinderte Menschen.